

Bekanntmachung

Betreffend die Anmeldung des im Inlande befindlichen Vermögens von Angehörigen feindlicher Staaten.

Vom 18. Oktober 1915.

Nach der nachstehend abgedruckten Verordnung des Bundesrats über die Anmeldung des im Inlande befindlichen Vermögens von Angehörigen feindlicher Staaten vom 7. Oktober 1915 und der dazu erlassenen und gleichfalls nachstehend abgedruckten Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers vom 10. Oktober 1915 ist das im Inlande befindliche Vermögen von Angehörigen feindlicher Staaten, als welche Großbritannien und Irland, Frankreich, Rußland und Finnland sowie die Kolonien und auswärtigen Besitzungen dieser Staaten gelten, bis zum 15. Dezember 1915 anzumelden und zwar ohne besondere nochmals ergebende Aufforderung. Anmeldestellen sind die Großh. Handelskammern. Dertlich zuständig ist diejenige Handelskammer, in deren Bezirk die anmeldepflichtige natürliche oder juristische Person ihren Wohnsitz, Sitz oder Aufenthalt hat. Anmeldepflichtig sind alle Angehörigen der obengenannten feindlichen Staaten, die ihren Aufenthalt im Inlande haben, in Ansehung ihres gesamten im Inlande befindlichen Aktivvermögens, sowie diejenigen natürlichen und juristischen Personen, die im Inlande befindliche Vermögenswerte eines feindlichen Staatsangehörigen oder eines im feindlichen Ausland anhängigen Unternehmens verwalten oder verwahren, in Ansehung der gesamten in ihrer Verwaltung oder Verwahrung befindlichen Vermögenswerte, ferner natürliche oder juristische Personen, die einem im Ausland befindlichen feindlichen Staatsangehörigen oder einem im feindlichen Ausland anhängigen Unternehmen eine auf Geld lautende Leistung schulden, in Ansehung der Schuld, sowie endlich die Leiter und Geschäftsführer eines im Inlande anhängigen Unternehmens, an dem feindliche Staatsangehörige beteiligt sind, in Ansehung dieser beteiligten Personen sowie der Art und des Umfangs der Beteiligung. Einem im feindlichen Ausland anhängigen Unternehmen steht ein im nicht feindlichen Ausland anhängiges Unternehmen, dessen sämtliche Inhaber feindliche Staatsangehörige sind, gleich. Keine Anmeldepflicht besteht, wenn das anzumeldende Vermögen eines feindlichen Staatsangehörigen weniger als 500 Mark beträgt. Keine Anmeldepflicht besteht ferner für Kriegsgefangene und in Ansehung des nach den Verordnungen des Bundesrats vom 4. September und 26. November 1914 (R.-G.-Bl. S. 397, 487) unter staatlicher Überwachung oder zwingender Aufsicht stehenden Vermögens. Dagegen sind anmeldepflichtig die Vermögenswerte, soweit sie (bei im übrigen bestehender Zwangsverwaltung oder Geschäftsaufsicht) nicht unter staatlicher Verwaltung oder Aufsicht stehen sowie das Vermögen solcher feindlichen Staatsangehörigen, die, ohne eigentliche Kriegsgefangene zu sein, in Gefangenenlagern interniert sind. Anmeldestelle ist für solche Personen diejenige Großh. Handelskammer, in deren Bezirk die Familie des Internierten ihren Wohnsitz hat oder in Ermangelung einer Familie sich das anmeldepflichtige Vermögen des Internierten befindet.

Die Anmeldungen haben je nach der Person des Anmeldepflichtigen und der anzumeldenden Vermögenswerte auf besonderen Anmeldebogen A, B, C, D zu erfolgen, die der Anmeldepflichtige sich bei der Anmeldestelle (Handelskammer) zu beschaffen hat. Da die Anmeldungen spätestens bis zum 15. Dezember 1915 zu erfolgen haben und nicht nur eine überhaupt unterbliebene, sondern auch eine rechtzeitig erfolgte Anmeldung nach § 12 der Verordnung vom 7. Oktober 1915 Bestrafung zur Folge hat, sind die Anmeldungen tunlichst zu beschleunigen. In vielen Fällen wird eine anmeldepflichtige Person mehrere und verschiedene Anmeldebogen auszufüllen haben. So haben z. B. die Leiter einer Bank, welche Depots feindlicher Staatsangehörigen verwahren und bei welchen feindliche Staatsangehörige Guthaben besitzen, sowohl den Anmeldebogen B als auch den Anmeldebogen C auszufüllen; sind ferner an diesen Bankunternehmen auch feindliche Staatsangehörige beteiligt, so haben die Leiter der Bank auch den Anmeldebogen D auszufüllen. Auch ist von den Anmeldepflichtigen für jeden feindlichen Staatsangehörigen, von welchem er Vermögen verwaltet oder verwahrt, ein besonderer Anmeldebogen B, ebenso für jeden feindlichen Staatsangehörigen, dem er etwas schuldet, ein besonderer Anmeldebogen C auszufüllen, so daß z. B. eine Bank, die zahlreiche Depots feindlicher Staatsangehörigen verwaltet und bei der zahlreiche feindliche Staatsangehörige ein Guthaben besitzen, eine entsprechende Anzahl der Bogen B und C ausfüllen muß. Dagegen haben die anmeldepflichtigen feindlichen Staatsangehörigen selbst ihr Vermögen lediglich auf einem Anmeldebogen, dem Anmeldebogen A, anzugeben.

Im übrigen wird auf die nachstehend abgedruckte Verordnung des Bundesrats und Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers Bezug genommen. Hierbei wird namentlich auf die in den §§ 8

und 10 der Verordnung des Bundesrats ausgesprochenen weitergehenden Verfügungsbeschränkungen hingewiesen.

Darmstadt, den 18. Oktober 1915.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
v. Homberg.

Prämer.

Bekanntmachung

über die Anmeldung des im Inlande befindlichen Vermögens von Angehörigen feindlicher Staaten. Vom 7. Oktober 1915.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Das im Inlande befindliche Vermögen von Angehörigen feindlicher Staaten ist nach Maßgabe der vom Reichskanzler zu erlassenden Vorschriften anzumelden.

§ 2. Die Landeszentralbehörden bestimmen, bei welchen Stellen die Anmeldungen zu erfolgen haben.

Auf Erfordern dieser Stellen ist jedermann verpflichtet, binnen einer von der Anmeldestelle festzusetzenden Frist eine Erklärung darüber abzugeben, ob bei ihm die Voraussetzungen der Anmeldepflicht vorliegen, sowie eine abgegebene Erklärung oder Anmeldung durch nähere Auskünfte zu ergänzen.

§ 3. Die mit der Entgegennahme oder Bearbeitung der Anmeldung befaßten Personen sind verpflichtet, über die aus Anlaß der Anmeldung zu ihrer Kenntnis gelangten Verhältnisse Verschwiegenheit zu beobachten.

§ 4. Als feindliche Staaten im Sinne dieser Verordnung gelten Großbritannien und Irland, Frankreich, Rußland und Finnland, sowie die Kolonien und auswärtigen Besitzungen dieser Staaten.

Der Reichskanzler kann die Vorschriften dieser Verordnung ganz oder teilweise auch auf andere feindliche Staaten sowie auf Länder, die vom Feinde besetzt sind, für anwendbar erklären.

§ 5. Juristische Personen, die im feindlichen Ausland (§ 4) ihren Sitz haben, stehen einem Angehörigen der feindlichen Staaten im Sinne dieser Verordnung gleich.

§ 6. Zu den im Inlande befindlichen Vermögen im Sinne dieser Verordnung gehören insbesondere auch Beteiligungen an einem Unternehmen, das im Inlande seinen Sitz hat, sowie vermögensrechtliche Ansprüche aller Art, wenn sie gegen Personen gerichtet sind, die im Inlande ihren Wohnsitz oder Sitz haben.

§ 7. Ist nach dem 31. Juli 1914 ein im Inlande befindlicher Vermögensgegenstand von einem Angehörigen der feindlichen Staaten veräußert oder abgetreten worden und ist anzunehmen, daß die Veräußerung oder Abtretung geschah, um ihn den deutschen Vergeltungsmaßnahmen zu entziehen, so kann der Reichskanzler anordnen, daß die Veräußerung oder Abtretung für die Anwendung dieser Verordnung als nicht geschehen anzusehen ist.

§ 8. Im Inlande befindliches Vermögen von Angehörigen feindlicher Staaten, insbesondere auch ein dazu gehöriger Anspruch, kann vom Inkrafttreten dieser Verordnung an, unbeschadet weitergehender Anordnungen der Militärbehörden, nur mit Genehmigung des Reichskanzlers veräußert, abgetreten oder belastet werden.

Unberührt bleibt die Zulässigkeit der Ausübung eines vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung erlangten dinglichen Rechts oder kaufmännischen Zurückbehaltungsrechts.

§ 9. Die im § 8 bezeichneten Beschränkungen gelten mit

1. für das Vermögen feindlicher Staatsangehöriger, die im Inlande aufhalten,
2. für das Vermögen feindlicher Staatsangehöriger, das zu einem im Inlande befindlichen Betriebe gehört, soweit es sich um Veräußerungen, Abtretungen oder Belastungen zugunsten von Personen handelt, die im Inlande ihren Wohnsitz, Sitz oder dauernden Aufenthalt haben.

Die im § 8 bezeichneten Beschränkungen gelten ferner nicht für das einer staatlichen Aufsicht oder Verwaltung nach Maßgabe der Bundesratsverordnungen vom 4. September und 26. November 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 397, 487) unterstehende Vermögen.

§ 10. Es ist bis auf weiteres verboten, ohne Genehmigung des Reichskanzlers Sachen, die im Eigentume von Angehörigen feindlicher Staaten stehen, insbesondere auch Wertpapiere und Geldstücke, unmittelbar oder mittelbar nach dem Ausland abzuführen, soweit es sich nicht um die Mitnahme von Reisegut handelt. Der Reichskanzler kann nähere Bestimmungen darüber erlassen, was als Reisegut anzusehen ist.

§ 11. Die weitergehenden Vorschriften der Bekanntmachungen, betreffend die Zahlungsverbote gegen England, Frankreich und Rußland, vom 30. September, 20. Oktober und 19. November 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 421, 443, 479) bleiben unberührt.

§ 12. Mit Geldstrafe bis zu eintaufendfünfhundert Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten wird bestraft:

1. wer vorsätzlich den gemäß § 1 ergebenden Anordnungen des Reichskanzlers über die Vermögensanmeldung oder einer gemäß § 2 Absatz 2 ergebenden Aufforderung nicht oder nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist nachkommt;
2. wer bei der Anmeldung oder bei einer nach § 2 Absatz 2 abzugebenden Erklärung oder Auskunft wissentlich unvollständige oder unrichtige Angaben macht;
3. wer den Vorschriften des § 3 zuwider Verschwiegenheit nicht beobachtet.

In dem Falle der Nr. 3 tritt die Verfolgung nur auf Antrag ein.

§ 13. Mit Gefängnis bis zu drei Jahren und mit Geldstrafe bis zu fünfzigtausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird, sofern nicht nach anderen Strafgesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist, bestraft, wer wissentlich dem Verbote des § 10 zuwiderhandelt.

§ 14. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung, die Vorschrift des § 13 tritt jedoch erst mit dem 11. Oktober 1915 in Kraft.

Der Reichskanzler bestimmt, wann und in welchem Umfang diese Verordnung außer Kraft tritt.

Berlin, den 7. Oktober 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers,

Delbrück.

Bekanntmachung

Betreffend Vorschriften über die Anmeldung des im Inland befindlichen Vermögens von Angehörigen feindlicher Staaten.

Vom 10. Oktober 1915.

Auf Grund des § 1 der Verordnung über die Anmeldung des im Inland befindlichen Vermögens von Angehörigen feindlicher Staaten vom 7. Oktober 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 633) wird folgendes bestimmt:

Artikel 1.

Angehörige eines feindlichen Staates, die ihren Aufenthalt im Inland haben — mit Ausnahme der Kriegsgefangenen — haben ihr gesamtes im Inland befindliches Aktivvermögen unter Angabe der einzelnen dazu gehörigen Vermögensgegenstände nach Maßgabe des Anmeldebogens A*) anzumelden.

Artikel 2.

Wer im Inlande befindliche Vermögenswerte eines feindlichen Staatsangehörigen oder eines im feindlichen Ausland ansässigen Unternehmens verwaltet oder in Verwahrung hat, hat diese Vermögenswerte unter Aufzählung der einzelnen Gegenstände und unter Angabe von Namen, Wohnort (Firma und Sitz) und Staatsangehörigkeit des Berechtigten nach Maßgabe des Anmeldebogens B*) anzumelden.

Artikel 3.

Wer einem im Ausland befindlichen feindlichen Staatsangehörigen oder einem im feindlichen Ausland ansässigen Unternehmen eine auf Geld lautende Leistung schuldet, hat deren Betrag sowie Namen, Wohnort (Firma und Sitz) und Staatsangehörigkeit des Berechtigten nach Maßgabe des Anmeldebogens C*) anzumelden. Anzumelden haben nur diejenigen natürlichen oder juristischen Personen, welche im Inland ihren Wohnsitz oder Sitz haben.

Gesamtschulden sind als solche zu bezeichnen.

Bei wiederkehrenden Leistungen ist die Jahresleistung und die Zeitdauer, für die sie geschuldet werden, anzugeben. Wird die Leistung auf Lebenszeit geschuldet, so ist das Alter des Berechtigten anzugeben.

Artikel 4.

Die Leiter oder Geschäftsführer eines im Inland ansässigen Unternehmens, an dem feindliche Staatsangehörige beteiligt sind, haben Namen, Wohnort und Staatsangehörigkeit der beteiligten feindlichen Staatsangehörigen sowie Art und Umfang ihrer Beteiligung nach Maßgabe des Anmeldebogens D*) anzumelden. Als Beteiligung im Sinne dieser Vorschrift gilt auch der Aktienbesitz. Dieser ist anzumelden, soweit den Leitern oder Geschäftsführern bekannt ist, ob und in welchem Umfang Aktien im Besitze feindlicher Staatsangehöriger sind.

Artikel 5.

Ist keiner der Inhaber eines im feindlichen Ausland ansässigen Unternehmens feindlicher Staatsangehöriger, so entfällt die Anmeldepflicht nach Artikel 2 bis 4.

Ein im nichtfeindlichen Ausland ansässiges Unternehmen, dessen sämtliche Inhaber feindliche Staatsangehörige sind, steht einem im feindlichen Ausland ansässigen Unternehmen im Sinne der Vorschriften der Artikel 2 bis 4 gleich.

Artikel 6.

Einem feindlichen Staatsangehörigen im Sinne dieser Bekanntmachung stehen privatrechtliche oder öffentlich-rechtliche juristische Personen, die in den feindlichen Staaten ihren Sitz haben, insbesondere diese Staaten selbst, gleich.

Artikel 7.

Besteht Zweifel über die Staatsangehörigkeit einer Person, die ihren Wohnsitz oder ihren dauernden Aufenthalt im feindlichen

*) Die Anmeldebogen sind bei der zuständigen Gr. Handelskammer zu erhalten.

Ausland hat, so hat der Anmeldebefähigte sie als feindliche Staatsangehörige im Sinne dieser Bekanntmachung zu behandeln.

Artikel 8.

Beträgt das vom Anmeldebefähigten anzumeldende Vermögen eines feindlichen Staatsangehörigen weniger als 500 Mark, so darf die Anmeldung dieses Vermögens unterbleiben.

Bei wiederkehrenden Leistungen ist der Jahresbetrag maßgebend.

Artikel 9.

Für die Anmeldung auf Grund der Verordnung scheidet das von einer Reichs-, Staats- oder Kommunalbehörde verwaltete, verwahrte oder geschuldete Vermögen sowie das nach den Verordnungen vom 4. September und 26. November 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 397, 487) unter staatlicher Ueberwachung oder zwangsweiser Verwaltung stehende Vermögen aus. Für Staatsbanken hat es bei der Anmeldungspflicht nach Maßgabe dieser Bekanntmachung zu bewenden. Das gleiche gilt auch hinsichtlich der Reichsbank.

Artikel 10.

Nicht anzumelden sind:

1. Bürgschafts- und Regreßverbindlichkeiten, es sei denn, daß der Bürgschafts- oder Regreßfall schon eingetreten ist,
2. Versicherungsprämien; Verbindlichkeiten, welche die Zahlung einer Versicherungsleistung zum Gegenstand haben, sind nur insoweit anzumelden, als der Versicherungsfall eingetreten ist,
3. Urheberrechte und gewerbliche Schutzrechte, unbeschadet der Anmeldung von vermögensrechtlichen Ansprüchen, die auf Grund solcher Rechte entstanden sind,
4. Seeschiffe.

Artikel 11.

Bedingte oder bestrittene Verbindlichkeiten sind mit dem Vermerk „bedingt“ oder „bestritten“ zu kennzeichnen.

Ist eine Leistung von einer noch ausstehenden Gegenleistung abhängig, so entfällt die Anmeldepflicht.

Artikel 12.

Für die Anmeldung auf Grund der Artikel 1, 2, 3 und 4 sind Anmeldebogen nach den als Anlage beigefügten Mustern (A, B, C, D**) zu verwenden.

Artikel 13.

Maßgebend für die Anmeldung ist, vorbehaltlich besonderer Anordnungen auf Grund des § 7 der Verordnung, der Stand am Tage des Inkrafttretens dieser Bekanntmachung.

Artikel 14.

Die Anmeldung hat bis zum 15. Dezember 1915 zu erfolgen; dem Anmeldebefähigten kann auf seinen Antrag eine Nachfrist gewährt werden.

Artikel 15.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 10. Oktober 1915.

Der Reichskanzler.

In Vertretung: Delbrück.

Bekanntmachung.

Betr.: Die Anmeldung des im Inlande befindlichen Vermögens von Angehörigen feindlicher Staaten.

Vorstehende Bekanntmachungen werden hiermit veröffentlicht unter der Aufforderung, die erforderlichen Anmeldungen rechtzeitig zu vollziehen.

Gießen, den 22. Oktober 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

**) Die Vorbrücke der Anmeldebogen sind hier nicht mit veröffentlicht.

Bekanntmachung

über die Sicherstellung von Kriegsbedarf. Vom 24. Juni 1915, in der Fassung der Verordnung vom 9. Oktober 1915.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Während der Dauer des gegenwärtigen Krieges kann das Eigentum an Gegenständen, die bei der Herstellung und dem Betriebe von Kriegsbedarfsartikeln zur Verwendung gelangen können, unbeschadet der Zuständigkeit der Militärbefehlshaber, auch durch Anordnung der Kriegsministerien oder des Reichs-Marineamts oder der von ihnen bezeichneten Behörden auf eine in der Anordnung zu bezeichnende Person übertragen werden.

Die Anordnung ist an den Besitzer der Gegenstände zu richten. Das Eigentum geht über, sobald die Anordnung dem Besitzer zugeht.

Der Besitzer ist verpflichtet, die Gegenstände herauszugeben, insbesondere sie auf Verlangen und Kosten des Erwerbers zu überbringen oder zu versenden.

§ 2. Der Uebernahmepreis wird unter Berücksichtigung des Friedenspreises zusätzlich eines nach den Verhältnissen des Einzelfalles angemessenen Gewinns durch ein Schiedsgericht endgültig festgesetzt. Bei den nach dem 31. Juli 1914 aus dem Ausland

eingeführten Gegenständen ist an Stelle des Friedenspreises der Einstandspreis des Einführenden zu berücksichtigen.

Der Uebernahmepreis ist bar zu zahlen.

Soweit es sich um das Eigentum feindlicher Ausländer handelt, kann der Reichskanzler im Wege der Vergeltung abweichende Bestimmungen treffen.

§ 3. Das Schiedsgericht entscheidet in einer Besetzung von einem Vorsitzenden und vier Beisitzern. Der Vorsitzende wird vom Reichskanzler ernannt. Die Beisitzer werden vom Vorsitzenden benannt, und zwar drei auf Vorschlag des Deutschen Handelstags, der vierte auf Vorschlag derjenigen amtlichen Vertretung des Handels, in deren Bezirke sich die Gegenstände ganz oder zum Teil befinden.

Der Reichskanzler erläßt die näheren Bestimmungen.

Die Kosten des Schiedsverfahrens fallen dem Reiche zur Last.

§ 4. Die Kriegsministerien und das Reichs-Marineamt oder die von ihnen zu bezeichnenden Behörden sind, unbeschadet der Zuständigkeit der Militärbehörden, befugt, Gegenstände, die auf Grund des § 1 der Inanspruchnahme unterliegen können, zu beschlagnahmen. Die Beschlagnahme erfolgt durch öffentliche Bekanntmachung oder durch Mitteilung an denjenigen, der die Gegenstände im Besitze hat, sie herstellt oder bei dem sie sich unter Aufsicht befinden. Sie tritt mit der öffentlichen Bekanntmachung oder mit dem Zugehen der Mitteilung oder, soweit sie noch nicht vorhandene Gegenstände betrifft, mit deren Entstehen in Kraft. Die Beschlagnahme hat die Wirkung, daß die Vornahme von Veränderungen an den von ihr betroffenen Gegenständen verboten ist und rechtsgeschäftliche Verfügungen über sie nichtig sind. Den rechtsgeschäftlichen Verfügungen stehen Verfügungen gleich, die im Wege der Zwangsvollstreckung oder Arrestvollziehung erfolgen. Trotz der Beschlagnahme sind alle Veränderungen und Verfügungen zulässig, die mit Zustimmung der beschlagnahmenden Stelle erfolgen.

Der von der Beschlagnahme Betroffene ist verpflichtet, die Gegenstände bis zum Ablauf einer zu bestimmenden Frist oder bis zu einer ihm gestatteten Verarbeitung oder Verfügung zu verwahren und pfleglich zu behandeln.

Für die Verwahrung und pflegliche Behandlung der von der Beschlagnahme betroffenen Gegenstände und für die durch die Beschlagnahme bewirkte Verfügungsbeschränkung kann eine angemessene Entschädigung gewährt werden, soweit dies aus besonderen Gründen, namentlich mit Rücksicht auf die Dauer der Verwahrung oder der Verfügungsbeschränkung, der Billigkeit entspricht. Die Entschädigung ist ausgeschlossen, insoweit während der Dauer der Beschlagnahme die Gegenstände übernommen oder anderweit verwertet werden. Die Entscheidung erfolgt endgültig durch die höhere Verwaltungsbehörde.

§ 5. Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden erlassen die Ausführungsbestimmungen.

§ 6. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark wird, sofern nicht nach allgemeiner Strafrecht höhere Strafen verwirkt sind, bestraft:

1. wer der Verpflichtung, die enteigneten Gegenstände herauszugeben oder sie auf Verlangen des Erwerbers zu überbringen oder zu versenden, zuwiderhandelt;
2. wer unbefugt einen beschlagnahmten Gegenstand beiseiteschafft, beschädigt oder zerstört, verwendet, verkauft oder kauft oder ein anderes Veräußerungs- oder Erwerbsgeschäft für ihn abschließt;
3. wer der Verpflichtung, die beschlagnahmten Gegenstände zu verwahren und pfleglich zu behandeln, zuwiderhandelt;
4. wer den nach § 5 erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt.

§ 7. Die §§ 2 und 3 finden keine Anwendung auf Gegenstände, für die Höchstpreise festgesetzt sind oder festgesetzt werden.

§ 8. Soweit von den Militär- oder Marinebehörden, einschließlich der Befehlshaber, vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung über das Eigentum an beschlagnahmten Gegenständen des Kriegsbedarfs verfügt worden ist, finden die Vorschriften der §§ 2 und 3 Anwendung, wenn nicht der Uebernahmepreis vertraglich vereinbart oder nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Kriegskassationen vom 13. Juni 1873 (Reichs-Gesetzbl. S. 129) oder durch rechtskräftiges Urteil festgesetzt worden ist.

Auf Beschlagnahmen von Gegenständen des Kriegsbedarfs, die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung von den Militär- und Marinebehörden, einschließlich der Befehlshaber, angeordnet sind, finden die Vorschriften des § 4 Abs. 3 Anwendung; eine weitere Entschädigung ist ausgeschlossen.

§ 9. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Berlin, den 24. Juni 1915.

9. Oktober

Der Stellvertreter des Reichskanzlers,
Delbrück.

Bekanntmachung

betreffend Sicherstellung von Kriegsbedarf.

Auf Grund von § 5 der Bekanntmachung des Reichskanzlers über die Sicherstellung von Kriegsbedarf vom 24. Juni 1915

(Reichs-Gesetzbl. S. 357) wird als höhere Verwaltungsbehörde der Provinzialauskunft bestellt.

Darmstadt, den 21. Oktober 1915.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

J. B.: Schliephale. Krämer.

Bekanntmachung

über Ausdehnung und Verordnung über den Verkehr mit Delstrüchten usw. Vom 19. Oktober 1915.

Auf Grund von § 9 Abs. 1 Satz 2, § 11 Abs. 2 Satz 2 der Bekanntmachung über den Verkehr mit Delstrüchten und daraus gewonnenen Produkten vom 15. Juli 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 438) bestimme ich:

Artikel I.

Die Vorschriften der Verordnung werden ausgedehnt auf

1. die aus Raps, Rübsen, Sederich und Rapsion, Dotter, Mohr, Weizen und Hafer gewonnenen Delstrüchte, die künftig aus dem Ausland, auch abgesehen von den besetzten Gebieten, eingeführt werden;
2. die nachstehend benannten Delstrüchte: Delrettich, Sonnenblumen-, Sesam-, Baumwoll- und Rizinusamen, Erdmandeln, Erdnüsse, Bucheckern, Sojabohnen, Mowrajaat, Illibé-, Schil- und geraspelte Kolanüsse, Palmkerne und Kobra, soweit sie künftig aus dem Ausland eingeführt werden.

Artikel II.

Diese Bestimmungen treten am 23. Oktober 1915 in Kraft.

Berlin, den 19. Oktober 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Delbrück.

Betr.: Ausdehnung der Verordnung über den Verkehr mit Delstrüchten usw.

Die vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Gießen, den 23. Oktober 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Bekanntmachung

über Einschränkung der Milchverwendung.

Vom 22. Oktober 1915.

Auf Grund von § 5 der Verordnung des Bundesrats über Einschränkung der Milchverwendung vom 2. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 545) bestimmen wir:

§ 1. Es ist verboten:

1. Sahne in Verkehr zu bringen, außer zur Herstellung von Butter;
2. Milch jeder Art oder Sahne zur Herstellung von Schokoladen und anderen kakaohaltigen Zubereitungen, Bonbons und ähnlichen Erzeugnissen zu verwenden;
3. Schlagahne herzustellen, auch im Haushalt;
4. Vollmilch an Kälber und Schweine, die älter als 6 Wochen sind, zu verfüttern;
5. Milch jeder Art bei der Brotbereitung zu verwenden;
6. Milch jeder Art bei der Zubereitung von Farben zu verwenden;
7. Milch zur Herstellung von Casein für technische Zwecke zu verwenden;
8. Sahnepulver herzustellen.

§ 2. Als Milch im Sinne dieser Anordnung gilt auch eingedickte Milch und Trockenmilch; als Sahne gilt jede mit Fettgehalt angereicherte Milch, auch in eingedickter und eingetrockneter Form.

§ 3. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung werden nach § 6 Ziffer 4 der obengenannten Bundesratsverordnung mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft.

§ 4. Unsere Abteilung für Landwirtschaft, Handel und Gewerbe kann Ausnahmen von dem Verbote in § 1 Ziffer 1, 2, 3, 5, 6, 7 und 8 bewilligen.

§ 5. Diese Anordnung tritt am 25. Oktober 1915 in Kraft.

Darmstadt, den 22. Oktober 1915.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

J. B.: Schliephale.

Krämer.

Betr.: Wie oben.

An das Großh. Polizeiamt Gießen, an die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises und die Großh. Gendarmeriestationen des Kreises.

Vorstehende Bekanntmachung ist von den Großh. Bürgermeistereien sofort auf ortsübliche Weise zur allgemeinen Kenntnis zu bringen. Der Befehl ist zu überwachen. Zuwiderhandelnde sind anzuklagen.

Gießen, den 25. Oktober 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Bekanntmachung

Über die Verwendung tierischer und pflanzlicher Öle und Fette.
Vom 9. Oktober 1915.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen.

§ 1. Tierische und pflanzliche Öle und Fette dürfen zu Schmierzwecken, zu Brennzwecken sowie zum Einsetzen oder sonstigen Behandeln von Metallen, Werkzeugen, Maschinenteilen und Metallgegenständen nicht unvermischt verwendet werden.

Die Vorschrift des Abs. 1 bezieht sich nicht auf die Verwendung zu Härtings- und Füllzwecken; der Reichskanzler kann die Vorschrift auf die Verwendung zu diesen Zwecken ausdehnen.

§ 2. Gemischte Öle, konsistente Fette und andere Schmierfette dürfen mit keinem höheren Gehalt an tierischen und pflanzlichen Ölen und Fetten als 25 vom Hundert des Gewichts des Endzeugnisses hergestellt werden.

Der Reichskanzler kann das Mischungsverhältnis abweichend bestimmen.

§ 3. Der Reichskanzler kann von den Vorschriften dieser Verordnung Ausnahmen zulassen.

§ 4. Wer den Vorschriften der §§ 1, 2 dieser Verordnung zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu fünfhundert Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

§ 5. Diese Verordnung tritt mit dem 10. November 1915 in Kraft. Den Zeitpunkt des Außerkrafttretens bestimmt der Reichskanzler.

Berlin, den 9. Oktober 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers
Delbrück.

Betr.: Verwendung tierischer und pflanzlicher Öle und Fette.
Die vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Gießen, den 23. Oktober 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Festsetzung von Einheitspreisen für zuckerhaltige Futtermittel und Zuschläge dazu.

Unter Hinweis auf die im Kreisblatt Nr. 87 veröffentlichten Bekanntmachungen über zuckerhaltige Futtermittel bringen wir die nachstehend abgedruckte Bekanntmachung des Reichskanzlers zur Kenntnis der Interessenten.

Gießen, den 23. Oktober 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Bekanntmachung

Betreffend Festsetzung von Einheitspreisen für zuckerhaltige Futtermittel und Zuschläge dazu.

Auf Grund von § 8 der Bekanntmachung über zuckerhaltige Futtermittel vom 25. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 614) bestimme ich:

§ 1. Für die Abgabe zuckerhaltiger Futtermittel durch die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte G. m. b. H. gelten bei Bestellungen auf prompte Lieferung vom 27. September 1915 bis 19. Dezember 1915 die nachstehenden Einheitspreise:

Rohzucker-Erstprodukt, ohne Sad 12,50 Mk., mit Sad 13,00 Mk.; Rohzucker-Nachprodukt, ohne Sad 11,50 Mk., mit Sad 12,00 Mk.; Trodenschnitzel, ohne Sad 8,00 Mk., mit Sad 9,75 Mk.; Zuckerschnitzel nach dem Steffenschen Brühverfahren, ohne Sad 9,50 Mk., mit Sad 11,25 Mk.; Melassetrodenschnitzel, ohne Sad 8,00 Mk., mit Sad 9,75 Mk.; Getrocknete Rüben, ohne Sad 10,00 Mk., mit Sad 11,50 Mk.; Häckselmelasse mit mindestens 33 Prozent Zucker, ohne Sad 5,90 Mk., mit Sad 6,55 Mk.; Häckselmelasse mit mindestens 35 Prozent Zucker, ohne Sad 6,25 Mk., mit Sad 7,00 Mk.; Häckselmelasse mit mindestens 40 Prozent Zucker, ohne Sad 6,90 Mk., mit Sad 7,75 Mk.; Torfmelasse mit mindestens 35 Prozent Zucker, ohne Sad 4,90 Mk., mit Sad 5,45 Mk.; Torfmelasse mit mindestens 37½ Prozent Zucker, ohne Sad 5,20 Mk., mit Sad 5,75 Mk.; Rohmelasse ohne Füllmasse, 4,40 Mk. (für je 50 Kilogramm).

§ 2. Bei Lieferung frei Eisenbahnempfangsstelle des Empfängers ist für bare Auslagen und Transportkosten ein Zuschlag zulässig von 20 Mark für die Tonne bei Ladungen von mindestens 10 Tonnen und von 30 Mark für die Tonne bei Ladungen von weniger als 10, aber mindestens 5 Tonnen.

Berlin, den 14. Oktober 1915.

Der Reichskanzler (Reichsamt des Innern).

Im Auftrage: Raub.

Bekanntmachung

Über die Verarbeitung von Bucheckern. Vom 14. Oktober 1915.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw.

vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Die gewerbliche Verarbeitung von Bucheckern darf nur durch den Kriegsausschuss für pflanzliche und tierische Öle und Fette G. m. b. H. in Berlin erfolgen.

Der Reichskanzler kann nähere Bestimmungen erlassen und Ausnahmen zulassen.

§ 2. Der Kriegsausschuss hat für die abschließende Verarbeitung der ihm gelieferten Bucheckern zu sorgen. Er hat das gewonnene Öl und die Pressrückstände nach den Weisungen des Reichskanzlers abzugeben.

§ 3. Mit Geldstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten wird bestraft,

1. wer der Vorschrift des § 1 oder den von dem Reichskanzler erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt;

2. wer wesentlich Öl, das der Vorschrift des § 1 zuwider hergestellt ist, verkauft, feilhält oder sonst in den Verkehr bringt.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Berlin, den 14. Oktober 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers,
Delbrück.

Betr.: Die Verarbeitung von Bucheckern und den Handel des daraus gewonnenen Öls.

Die vorstehende Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 14. Oktober 1915 bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis. Gießen, den 22. Oktober 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Bekanntmachung

Über den Verkehr mit Kraftfuttermitteln.

Vom 20. Oktober 1915.

Wir weisen darauf hin, daß nach der Bundesratsverordnung vom 28. Juni 1915 (R.-G.-Bl. S. 399) alle Ackerbohnen, Widen und Lupinen, soweit sie nicht zum Selbstverbrauch benötigt werden, für die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte, Berlin, beschlagnahmt sind und nur an diese verkauft werden dürfen. Darmstadt, den 20. Oktober 1915.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
J. B.: Schliephake.

Drämen.

Betr.: Den Verkehr mit Kraftfuttermitteln.

Die vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Gießen, den 23. Oktober 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Die Bereitung und den Verkauf von Backware und Mehl. Auf Grund der §§ 48 ff. der Bundesratsverordnung über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl aus dem Erntejahr 1915, vom 28. Juni 1915, sowie unter Hinweis auf die entsprechenden Vorschriften der Bundesratsverordnung über die Bereitung von Backware in der Fassung der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 31. März 1915 (Kreisblatt Nr. 34 vom 16. April 1915) wird mit der Zustimmung des Kriegsausschusses, sowie mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde der § 3 Ziffer 3 der Bekanntmachung vom 23. August d. J. (R.-Bl. Nr. 75) abgeändert wie folgt:

Das Bereiten von Kuchen an Samstagen für den privaten christlichen Haushalt und an Freitagen für den privaten jüdischen Haushalt; hierbei darf jedoch nicht mehr als die Hälfte des Gewichtes der verwendeten Mehle oder mehlartigen Stoffe aus Weizen bestehen.

Gießen, den 22. Oktober 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden
des Kreises.

Wir empfehlen, die Interessenten auf vorstehende Mänderung in geeigneter Weise aufmerksam zu machen.

Gießen, den 22. Oktober 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Bekanntmachung.

Das Proviant-Amt Hanau benötigt dringend größere Mengen Stroh. In Betracht kommt Roggenricht- oder Malt-, Roggenprehlung- und Roggenprehlballenstroh mit Draht gebunden; jerner Weizen, Haferstroh und Heu. Angebote sind direkt an das Proviantamt zu richten.

Gießen, den 22. Oktober 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Hemmerde.